

**Evelyne Gebhardt**

Mitglied des Europäischen Parlaments

**EUROPA AKTUELL**

Nr. 12/2013, 5. Dezember 2013

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

*es sind hässliche Bilder, die uns dieser Tage aus Kiew erreichen: Gewalttätige Ausschreitungen mutmaßlicher Provokateure und eine mit inakzeptabler Härte vorgehende Staatsmacht trüben den Eindruck zunächst völlig friedlicher Demonstrationen.*

*Jedoch darf die Gewalt, die ich aufs Schärfste verurteile, nicht verdecken, worum es eigentlich geht: um eine Auseinandersetzung über den künftigen außenpolitischen Kurs der Ukraine. Will sich die ehemalige Sowjetrepublik der Europäischen Union und europäischen Standards weiter annähern? Oder will sie zurück unter die Fuchtel der alten Hegemonialmacht Russland?*

*Das Land ist gespalten in dieser Frage, doch die letzten Tage haben deutlich gezeigt: Die Bevölkerung unterstützt einen proeuropäischen Kurs. Das Problem ist die politische Führung um Präsident Janukowitsch, die sich vom großen Nachbarn Russland erpressen lässt.*

*Ohne Zweifel ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine von Russland immens. Hier muss die EU noch stärker ansetzen. Es kann aber nicht darum gehen, einfach den Geldhahn immer weiter aufzudrehen. Schon gar nicht kann eine Art „Kalter Krieg“ mit Russland unser Ziel sein.*

*Nein, die EU hat traditionell einen Friedensauftrag. Der Friedensnobelpreis hat dies noch einmal bekräftigt. Weder Drohgebärden noch Erpressung sind Mittel europäischer Politik. Unser Kapital sind die Werte, für die wir stehen: Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Wertebasis macht die EU so attraktiv für die Menschen in Georgien, in der Republik Moldau – und eben auch in der Ukraine.*

*Die ukrainische Politik hat es selbst in der Hand. Sie muss das Land wieder auf Europa-Kurs bringen. Ein Assoziierungsabkommen ist dann nur eine Frage der Zeit. Die EU wiederum darf die Tür jetzt nicht zuschlagen. Die Menschen in der Ukraine glauben an Europa. Enttäuschen wir sie nicht!*

Ihre

**Evelyne Gebhardt: „Erster Riss in der gläsernen Decke“****EU-Parlament stimmt für Geschlechterquote für Aufsichtsräte europäischer Großunternehmen**

Bis 2020 soll in den Aufsichtsräten börsennotierter Großunternehmen jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Einen entsprechenden Richtlinienvorschlag verabschiedete das Europäische Parlament kürzlich in Straßburg.

„Der Anfang für mehr Gleichstellung in den Führungsetagen europäischer Großunternehmen ist gemacht“, freute sich die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt nach der Abstimmung des Europäischen Parlamentes über die EU-

Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. „Heute wurde deutlich: Europa will mehr Gleichstellung in den Schaltzentralen der Wirtschaft. Nun muss der Rat seine ideologischen Scheuklappen ablegen“, so Gebhardt weiter.

**INHALT****Seite 1**

- Kolumne
- Geschlechterquote für Aufsichtsräte

**Seite 2**

- Gleichstellungspolitik

**Seite 3**

- Jugendagentur Hohenlohe in Straßburg
- Deutsche Europapolitik
- Termine

**Seite 4**

- Neues aus Europa
- Evelyne in den Medien
- Impressum



Bisher sind lediglich 15,8 Prozent der Aufsichtsratsposten der größten börsennotierten Unternehmen von Frauen besetzt. „Gerade bei den großen Unternehmen hält sich die gläserne Decke, die hochqualifizierten Frauen den Weg in die Führungsetage versperrt, hartnäckig. Das liegt teilweise auch an einem ordentlichen Maß an Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Aufsichtsratsposten. Damit muss Schluss sein“, forderte die SPD-Politikerin Evelyne Gebhardt. Die geplante Richtlinie sieht unter anderem Vorgaben für objektive und transparente Auswahlverfahren bei der Bestellung von Aufsichtsräten vor. Außerdem sollen erfolglose Kandidaten und Kandidatinnen die Besetzungsentscheidung für den Aufsichtsrat gerichtlich überprüfen lassen können.

„Eine ausgeglichene Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft ist nicht nur eine Frage der

Gerechtigkeit, sie liegt auch im Interesse der Unternehmen selbst“, argumentiert Evelyne Gebhardt. Laut einem Bericht der Europäischen Kommission werden 70 Prozent aller Ausgabenentscheidungen im Alltag von Frauen getroffen. Auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion wurden mögliche Sanktionen für Unternehmen bei Nichteinhaltung der Quote verschärft. „Unternehmen, die nicht genügend für mehr Gleichstellung in ihren Führungsgremien tun, müssen Konsequenzen erwarten. Wir Sozialdemokraten konnten durchsetzen, dass Mitgliedstaaten künftig Unternehmen, die die Quote nicht umsetzen, von öffentlichen Ausschreibungen oder vom Erhalt europäischer Fördergelder ausschließen können“, sagte Evelyne Gebhardt.

„Auf den Druck der SPD in den Koalitionsverhandlungen hat mittlerweile auch die Union eingesehen, dass echte Gleichstellung mehr

bedarf als gelegentlicher Sonntagsreden. Es wurde höchste Zeit, dass die Union ihre Fundamentalopposition gegenüber der Geschlechterquote aufgibt und sich den gesellschaftlichen Realitäten stellt“, so Evelyne Gebhardt abschließend.

#### Hintergrund:

Nach der Abstimmung wird die geplante Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften wieder Gegenstand von Verhandlungen im Ministerrat sein. Unter dem Druck der bisherigen Bundesregierung vertrat der Rat bisher die Ansicht, dass die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage für den Vorschlag nicht korrekt sei, und lehnt den Vorschlag daher vornehmlich aus formalen Gründen ab. ■

**WOMEN ONLY SIT ON 16.6% OF BOARDS IN EUROPE. TIME FOR AN EQUALITIES RETHINK?**

We will stand up and be counted in ensuring the presence of women on at least 40% of company boards by 2020.

**S&D**

Source: 16.6% from April 2013, European Commission

**@TheProgressives**

Setzen im Europäischen Parlament die Geschlechterquote für Aufsichtsräte börsennotierter Großunternehmen durch: die weiblichen Abgeordneten der S&D-Fraktion, darunter Evelyne Gebhardt (1. Reihe, 4. v.r.), die zugleich deutlich macht, dass „die Geschlechterquote in den Aufsichtsräten börsennotierter Großunternehmen nur ein erster Schritt sein kann, um eine echte Gleichstellung in Europas Unternehmen zu erreichen. Wir wollen Frauen nicht nur als Kontrolleure, sondern als tatsächliche Entscheiderinnen in Großunternehmen etablieren. Deshalb brauchen wir neben einer Geschlechterquote in Aufsichtsräten zwingend eine Geschlechterquote in den Vorständen“. Foto: S&D



Auf Einladung von Evelyne Gebhardt im November zu Gast im Europäischen Parlament in Straßburg: die Jugendagentur des Hohenlohekreises. Foto: EP

## Udo Bullmann: „Wir brauchen einen Neustart deutscher Europapolitik“

### Vorsitzender der Europa-SPD drängt auf konsequente Umsetzung sozialdemokratischer Verhandlungserfolge

Der SPD-Europapolitiker Udo Bullmann fordert Ernst zu machen mit einer grundlegenden Neuausrichtung der deutschen Europapolitik, nachdem die abgewählte schwarz-gelbe Bundesregierung die Gemeinschaft in den zurückliegenden Jahren immer tiefer in den Krisensumpf gearbeitet hat.

„Die sozialen Grundrechte dürfen nicht länger den Freiheiten des Binnenmarktes in der EU untergeordnet sein“, so Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD im Europäischen Parlament, „dafür muss die künftige Bundesregierung auf Druck der Sozialdemokraten auf europäischer Ebene sorgen.“ So werde die neue Koalition etwa gegen Sozialdumping kämpfen und durchsetzen müssen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gezahlt wird. Das gelte gerade auch für die Sicherung eines hohen Schutzniveaus bei der gegenwärtigen Gesetzgebung zur Entsendung von

Arbeitnehmern, so Udo Bullmann: „Mit dem gesetzlichen Mindestlohn wird der deutsche Arbeitsmarkt endlich an europäische Anforderungen angepasst, und würdelose Entlohnungspraktiken werden beseitigt.“

Der Sozialdemokrat pocht darauf, dass der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit von den Mitgliedstaaten in Zukunft mit verbindlichen Zielen geführt werden müsse: „Die deutsche Europapolitik kann kein „weiter so! betreiben. Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der Krise dürfen nicht länger nur an einer Politik des einseitigen Haushaltskürzens ausgerichtet sein. Die SPD hat im Koalitionsvertrag eine Neuausrichtung an Zukunftsinvestitionen und neuer Beschäftigung durchgesetzt, insbesondere für die Jugend in Europa. Eine weitere Aushöhlung der demokratischen Kontrolle und der Parlamentsrechte bei der Ausgestaltung der europäi-

## TERMINE

### ■ 9. Dezember 2013, 11.30 Uhr

**Was?** Vortrag zu „Kundendatenschutz in der EU“

**Wo?** Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz, Kehl

### ■ 11. Dezember 2013, 13.30 Uhr

**Was?** Besuchergruppe SPD-Kreisverbände Schwäbisch Hall, Hohenlohe, Main-Tauber

**Wo?** Europäisches Parlament, Straßburg

### ■ 18. Dezember 2013, 10.00 Uhr

**Was?** Bürgersprechstunde

**Wo?** Landratsamt, Schwäbisch Hall

### ■ 18. Dezember 2013, 18.00 Uhr

**Was?** Veranstaltung zu „Armutsmigration in Europa“ (AK ChristInnen und SPD)

**Wo?** Gemeindehaus der Ev. Friedensgemeinde, Stuttgart

### ■ 12. Januar 2014, 11.00 Uhr

**Was?** SPD-Neujahrsempfang

**Wo?** Schloss, Schrozberg

### ■ 12. Januar 2014, 17.00 Uhr

**Was?** Neujahrsempfang von Christoph Bayer MdL

**Wo?** Kath. Gemeindehaus, Hartheim

### ■ 17. Januar 2014, 19.00 Uhr

**Was?** Neujahrsempfang des Landkreises Ludwigsburg

**Wo?** Kreishaus, Ludwigsburg

### ■ 26. Januar 2014, 10.00 Uhr

**Was?** SPD-Bundesvertreterversammlung zur Europawahl

**Wo?** Berlin

### ■ 30. Januar 2014, 19.00 Uhr

**Was?** Europa-Veranstaltung der Jusos Ludwigsburg

**Wo?** Haus der SPD, Ludwigsburg

### ■ 31. Januar 2014, 11.00 Uhr

**Was?** Neujahrsempfang der Europa-verbände Baden-Württembergs

**Wo?** Staatsgalerie, Stuttgart



schen Krisenpolitik darf es mit der neuen deutschen Bundesregierung nicht mehr geben.“ Nur mit einer besseren wirtschaftspolitischen Koordination unter voller parlamentarischer Verantwortung, auch auf europäischer Ebene, könne die Krise erfolgreich überwunden werden.

Bei der notwendigen Reform der Steuer- und Finanzmarktpolitik weist Udo Bullmann dem Kampf gegen Steuerflucht eine entscheidende Rolle zu: „Die Bankensanierung muss auch endlich funktionieren, ohne dass die Steuerzahler jeweils die Leidtragenden sind.

Deswegen ist jetzt der Weg frei zu machen für einen durch die Finanzwirtschaft finanzierten europäischen Abwicklungsfonds, der schnellst möglich handlungsfähig werden muss.“ ■

## NEUES AUS EUROPA

### JUGENDKARLSPREIS 2014:

#### Begeisterung für die europäische Idee

Mit dem Karlspreis werden jedes Jahr in Aachen Institutionen oder Personen für ihre Verdienste um die europäische Integration ausgezeichnet. Dies sind meist Persönlichkeiten oder Organisationen, die bereits seit vielen Jahren im Sinne Europas wirken. Doch die europäische Idee benötigt natürlich auch Nachwuchs.

An solche jungen Europäer und Europäerinnen richtet sich der Jugendkarlspreis. Junge Leute zwischen 16 und 30 Jahren können

sich mit ihren kreativen Projekten, die zum Ziel haben, ein gemeinsames europäisches Bewusstsein zu fördern und das Zusammenleben in Europa zu verbessern, bis zum 20. Januar 2014 um den Preis bewerben. Die Verleihung findet in der letzten Maiwoche in Aachen statt. Es winken ein Besuch des Europäischen Parlaments sowie bis zu 5000 Euro Preisgeld. Mitmachen lohnt sich!

Mehr Informationen unter:

[www.charlemagneyouthprize.eu](http://www.charlemagneyouthprize.eu) ■

### OFFIZIELLE WEBSITE GESTARTET:

#### Alle Infos zur Europawahl auf einen Blick

Zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt, bestehend aus dann 751 Abgeordneten aus den 28 EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 500 Millionen Bürger und Bürgerinnen repräsentieren. Die Europawahl ist das politische Ereignis des Jahres!

Entsprechend groß ist der Informationsbedarf vieler Wähler und Wählerinnen. Die zum 1. Dezember eingereichte offizielle Website zur Europawahl kommt da gerade recht.

Welche Parteien treten zur Europawahl an? Wie funktionieren Parteien auf europäischer Ebene? Nach welchem Modus wird in den einzelnen

Mitgliedstaaten gewählt? Welche Themen werden aktuell diskutiert?

Zu diesen und vielen weiteren Fragen bietet die neue Website anschauliche und interessante Informationen - und das in allen 24 Amtssprachen der Europäischen Union. Hinzu kommen Links zu anderen nützlichen Internetseiten.

Kurzum: Wer sich über die achte Direktwahl des Europäischen Parlaments informieren möchte, surft am besten zunächst auf:

[www.elections2014.eu](http://www.elections2014.eu)! ■

### Evelyne in den Medien

#### Homepage:

[www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)

#### Facebook:

[www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890](http://www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890)

#### Youtube:

[www.youtube.com/channel/UCzxU2536xTonD8BwNCN3Hqg](http://www.youtube.com/channel/UCzxU2536xTonD8BwNCN3Hqg)

#### Wortmeldungen im Plenum als Video:

[www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913](http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913)

## IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt  
und Frederick Wunderle

### Europabüro

Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 59122  
Fax: 07940 59144

[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

### Europäisches Parlament

60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

[evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu)

Bild-Einklinker Kopfbereich:  
Copyright PHOTO © European Union